

## Schwierige Situation in Spanien

2012 wurde über das königliche Dekret 5/2012 die Mediation für Zivil- und Handelsverfahren in Spanien eingeführt. Zieht man nach einem Jahr Bilanz, fällt diese nach der Bewertung von Jacinto Soler-Padró, Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer in Barcelona, eher ernüchternd aus: „Bis heute sind die Auswirkungen dieses Gesetzes gering.“ Der renommierte Rechtsanwalt zeichnet nachstehend ein kritisches Bild von der schwierigen Wirtschaftslage und ihren Auswirkungen auf die Justiz des Mittelmeerstaates.

Die spanische Justiz ist in diesen Zeiten „kompliziert“ geworden. Sie ist nicht von der Wirtschaftslage und den Staatsfinanzen unabhängig und stellt eine labile, mit Mängeln behaftete Institution dar. Die gegenwärtige Regierung versucht mit vielen Mitteln, das Budget der verschiedenen Ministerien zu kürzen, darunter auch das des Justizministeriums.

Die Regierung Spaniens sucht ständig nach neuen Möglichkeiten, die zu einer Kostensenkung der öffentlichen Dienstleistungen führen könnten. So wurde vor Kurzem ein Gesetz für Gerichtsgebühren verabschiedet, welches – nach Meinung vieler – gegen die Verfassungsgrundsätze der Gleichbehandlung und des effektiven Rechtsschutzes und unter Umständen sogar gegen die von Spanien unterzeichneten internationalen Menschenrechtsabkommen verstößt. Die Regierung versucht auf diesem Wege, indirekt die Gerichte zu entlasten, indem sie die Bürger davon abbringt, vor Gericht zu gehen.

» *Die Regierung Spaniens sucht ständig nach neuen Möglichkeiten, die zu einer Kostensenkung der öffentlichen Dienstleistungen führen könnten.*

Geduld ist angesagt

Die Richtlinie 2008/52/EG, die zur Regelung der grenzüberschreitenden Mediation verpflichtete, wur-

de erst im letzten Jahr durch das königliche Dekret 5/2012 über Mediation für Zivil- und Handelsverfahren umgesetzt. Bis heute sind die Auswirkungen dieses Gesetzes gering gewesen. In Spanien gibt es nicht genügend Erfahrungen und Kenntnisse dieses Weges der Konfliktlösung, obwohl der „Juez de Paz“, der Friedensrichter, in kleinen Gemeinden eine vergleichbare Aufgabe ausgeübt hat. Es werden möglicherweise acht bis zehn Jahre vergehen müssen, damit die Mediation als Institution in Spanien „üblich“ wird. Ähnliches geschah mit dem Schiedsgerichtsverfahren, „Arbitraje“ genannt, was auch bis heute kein allgemein genutztes Verfahren ist.

Die Bürger und auch die Firmen bleiben in Spanien bei der Auswahl der Instrumente zur Lösung ihrer Konflikte sehr konservativ. Man glaubt weiterhin, dass der Gerichtsweg die einzige Lösung darstelle. Der Mediation einen gleichen Status zu gewähren, wird nur aus der Überzeugung (und Erfahrung) resultieren, dass dieser Weg keine Zeitverschwendung sei. Und in der strittigen Anfangsphase eines Konfliktes ist zu dieser Überzeugung nur schwer zu gelangen. In dieser Phase des Konfliktes sind die Unterschiede zwischen den Parteien meist so groß, dass der Mediator – zumindest in Spanien – Schwierigkeiten haben dürfte, zu einem Entgegenkommen der Parteien und einer Einigung zu gelangen.

Wo es voraussichtlich größere Chancen für die Mediation gibt, ist in Rechtsstreitigkeiten, die sich schon über Jahre hinziehen. Hier kommen die Beteiligten gegebenenfalls von selbst zu dem Schluss, eine Verfahrensbeendigung anzustreben. „Ermüdung“ und Gerichtskosten sind Faktoren, die dies begünstigen.

Grundsätzlich hat das Königliche Dekret 5/2012 über die Mediation die Grundlage dafür gelegt, dass sich dieses Instrument im Rechtssystem im Laufe der Zeit verankern wird. Aber es ist auch offensichtlich, dass ein Gesetz zunächst wenig bringt, wenn die Bürger, die es nutzen sollen, von dessen Nutzen nicht überzeugt sind. Und gegenwärtig ist diese Überzeugung in Spanien noch nicht verbreitet.

### Königliches Dekret der Mediation

Das Königliche Dekret 5/2012 vom 6. Juli über die Mediation in Zivil- und Handelsverfahren beinhaltet folgende, wichtige Aspekte:

Der Weg der Mediation in Zivil- und Handelsverfahren ist freiwillig, und stellt – im Gegensatz zum arbeitsrechtlichen Schlichtungsverfahren „Conciliación laboral“ – keine Bedingung dar, um vor Gericht zu gehen. Den Parteien, die den Mediationsweg nicht einschlagen wollen, wird lediglich eine Informationsgespräch angeboten.

Artikel 13.2 des Dekrets besagt, dass die Funktion des Mediators darin besteht, das „Entgegenkommen“ der Streitparteien zu unterstützen, die Mediation jedoch nicht zwingend zu einer „Einigung“ führen muss. Dies scheint dafür zu sprechen, dass das Dekret den Zweck und Kern der Mediation getroffen hat, für die Eigenverantwortlichkeit der Parteien zu plädieren, die zu einer Lösung des Konfliktes führen wird oder auch nicht.

Um als Mediator zu fungieren, ist in Spanien kein Universitätsabschluss erforderlich. Artikel 11.2 des Königlichen Dekrets verfügt lediglich, dass „der Mediator eine spezifische, durch anerkannte Bildungsanstalten erteilte Ausbildung nachweisen muss“.

» **Das Dekret ermöglicht auch, den Mediationsbeschluss als vollstreckbaren Titel zu formalisieren. Dafür muss dieser jedoch vor einem Notar öffentlich beglaubigt werden.**«

Das Dekret ermöglicht auch, den Mediationsabschluss als vollstreckbaren Titel zu formalisieren. Dafür muss dieser jedoch vor einem Notar öffentlich beglaubigt werden. Obwohl die Kosten für dieses Procedere gering sind, reicht in manchen anderen Ländern lediglich die Unterschrift des Mediators, um dem Beschluss Vollstreckbarkeit zu erteilen.

Ein weiterer offener Punkt bleibt, wie sich das Königliche Dekret in den „Comunidades Autónomas“ einfügen wird. Den autonomen Gemeinschaften gehören u. a. das Baskenland, Katalonien und Galicien sowie die Inselgebiete Balearen und Kanaren an. In der Präambel des Königlichen Dekrets heißt es, dass dieses „unbeschadet der Vorschriften der Autono-



Die Sozietät, der Dr. Soler-Padro seit Jahrzehnten angehört, berät Unternehmen bei ihren Auslandsaktivitäten. Der Rechtsanwalt räumt der Mediation in Spanien bisher wenige Chancen ein. Die Diskussionen um die allgemeinen Sparmaßnahmen dominieren die Politik und das gesellschaftliche Leben Spaniens. Foto: Soler-Padro

men Gemeinschaften in Ausübung ihrer Befugnisse“ ergeht. Dies birgt die Gefahr unterschiedlicher Auslegungen und kann damit zukünftig zu Konflikten und womöglich sogar rechtlichen Schritten gegen das königliche Dekret für Mediation führen.

Dr. Jacinto Soler-Padró  
[www.bsp-abogados.com](http://www.bsp-abogados.com)

---

Dr. Jacinto Soler-Padró, Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer, gehört der Sozietät Soler-Padro, v. Hohenlohe, Hopewell (Madrid, Barcelona) an. Er war viele Jahre als Abgeordneter von Barcelona tätig, schrieb mehr als 600 Leitartikel für die spanische Zeitung „La Vanguardia“ und nahm eine bemerkenswerte Rolle im spanischen Demokratisierungsprozess ein. Soler-Padró wurde in jungen Jahren während der letzten Etappe des Franco-Regimes, Anfang der 70er Jahre, aufgrund seines politischen Einsatzes für die Verteidigung der Menschenrechte inhaftiert.

Hauptbetätigungsfeld der Sozietät war und ist das Gebiet des Handelsrechts sowie der Beratung von Firmen bei ihren Auslandsunternehmungen. Erwähnenswert ist auch ein medienintensives Gerichtsverfahren, bei dem es sich um den ersten Gerichtsprozess in der Geschichte Spaniens auf dem Gebiet der Sportgerichtsbarkeit handelte. In diesem Fall vertrat die Sozietät den deutschen Fußballprofi Bernd Schuster in seinem zweijährigen Prozess gegen den F.C. Barcelona.